

Bunte Liste Hamburg

Vom roten Spaltpilz befallen

**Lassen sich Kommunisten in das Bündnis der
Umweltschützer einbinden? / Von Horst Bieber**

Vor der Wahl der Hamburger Bürgerschaft am 4. Juni gab sich die „Bunte Liste“, eine lockere Vereinigung verschiedenster Initiativen mit den unterschiedlichsten Zielen, einig, selbstbewußt und siegessicher. Obwohl jeder fünfte Jungwähler und jede sechste Jungwählerin für den Umweltschmetterling der Bunten stimmten, scheiterten sie an der Fünf-Prozent-Sperrklausel. Nur im Kreis Eimsbüttel rückten zwei Bunte in die Bezirksversammlung (eine Art Stadtteilparlament) ein.

Der Mißerfolg blieb nicht ohne Folgen: Resignation, Rückzug, Müdigkeit nach einem aufreibenden und aufwendigen Wahlkampf breiteten sich aus, vor allem aber Fraktionskämpfe, die Kritiker der Bunten Liste stets vorhergesagt, die Bunten jedoch vehement geleugnet hatten. Als Spaltpilz entpuppte sich der Kommunistische Bund (KB).

Seine Mitarbeit in der Bunten Liste war mit einer gewissen Skepsis betrachtet worden, zu unterschiedlich schienen seine politischen Ziele und die der Umweltschützer. Doch seine mehrfachen Beteuerungen, sich demokratischen Mehrheitsentscheidungen zu unterwerfen, sein organisatorisches Geschick und sein rastloser Wahlkampfeinsatz überzeugten viele von der Aufrichtigkeit des KB. Bis sich unmittelbar nach den Wahlen sein Verhalten schlagartig änderte: „Als erstes würde die gesamte Öffentlichkeitsarbeit übernommen und bei jeder Gelegenheit der KB-Standpunkt deutlich herausgestellt. Dann versuchte der KB den Wahlausschuß (jetzt: Arbeitsausschuß) mit seinen Leuten zu majorisieren“, schreibt Holger Strohm, Spitzenkandidat der Bunten Liste, der als einer der ersten von den KB-Mitgliedern kaltgestellt werden sollte.

Anfangs schien das zu gelingen. Nach zwei Auseinandersetzungen, in denen Strohm durch Geschäftsordnungstricks, Verzögerungen und Mißachtung allgemeiner Beschlüsse den kürzeren zog, erklärte er am 4. Juli, seine Mitarbeit vorübergehend einzustellen und abzuwarten, ob der KB seine — auch von kleineren Initiativen beklagte — Majorisierungsaktik und Unterwanderung einstelle. Seine Stellungnahme wurde nicht über das Informationsnetz der Bunten Liste verbreitet; dagegen nutzte der KB diese Möglich-

keit weidlich, Strohm als „Spinner“ und „falschen Demokraten“ darzustellen, der demokratische Niederlagen nicht akzeptieren wolle.

So einfach ließ sich das Problem aber nicht lösen; Strohm fand Freunde und Helfer aus den kleineren Initiativen, die vom neuen K-Kurs frustriert wurden und abzuspringen überlegten. Bei einer kritischen Überprüfung aller Mitglieder — des immer locker gefügten — Wahlbündnisses stellten sich überraschende Merkwürdigkeiten heraus. In mindestens 26 Fällen sind Zweifel angebracht. Da entpuppte sich nachträglich eine Mieterinitiative aus Hamburg-Eppendorf als ein Ein-Mann-Unternehmen; Kontaktadressen für Initiativen eines Stadtteils lagen in ganz anderen Stadtvierteln. Unter einer Adresse (Bleichenallee 24) sind zwei verschiedene Frauengruppen und eine Bürgerinitiative zu erreichen; von den 26 Briefkastengruppen sind sieben unter einer Anschrift, vier unter einem Namen eingetragen. Für Strohm und seine Freunde besteht kein Zweifel, daß es sich bei diesen Schwindelunternehmen um KB-Ableger handelte, die daraus für die entscheidungsberechtigten Versammlungen wenigstens 70 zusätzliche Vertreter zogen.

Die erste Entdeckung zog weitere nach sich. Plötzlich erinnerte man sich, daß Mitglieder mancher Initiativen hartnäckig auf ganz bestimmten Tagungszeiten bestanden hatten — hier um 18 Uhr, dort um 21 Uhr, und bald waren „Gruppen täglich Reisender“ (Strohm) ausgemacht, die erst die eine, dann die andere Versammlung besuchten und in ihrem Sinne beeinflussten. Denn weil bis auf wenige Spitzenleute die KB-Mitglieder unbekannt sind, sie als geschulte, diskussionserprobte und fest zusammenhaltende Truppe den normalen Initiativen in jeder Debatte haushoch überlegen waren, bestimmten sie in hohem Maße die Entscheidungen und internen Wahlen.

„Mit Sicherheit ist der Anteil der KB-Leute in den Führungsgremien weit überproportional“, behauptet ein Strohm-Mitarbeiter. „Wir hatten ihren Anteil an der Liste auf ein Pünfstel bis ein Sechstel geschätzt. Nach den aufgedeckten Adressenmäztchen glauben wir, daß sie wahrscheinlich noch schwächer sind. Laut eigener Aussagen hat der KB in Hamburg 3000 Leute, in Wahrheit

sind es wohl unter 1000: eine Kerngruppe von 80 Mann, 300 enge Mitarbeiter und 600 Sympathisanten.“

Also der klassische Fall einer Unterwanderung, ermöglicht durch die Abneigung aller Listengruppen, sich organisatorisch fest zu binden und Buch über ihre Mitglieder und deren gewählte Vertreter zu führen? Dies ist für Strohm nur eine Seite der Medaille. Die andere scheint ihm fast noch wichtiger: „Der KB muß gezwungen werden, seine Praktiken aufzugeben, seine Spaltungsversuche, sein Auftreten als Block, seine Geschäftsordnungstaktik, mit der er alle ihm unbequemen Themen abwürgt.“ Er ist, wie er nachdrücklich betont, „kein Kommunistengegner“, er möchte sie in das basis-demokratische Experiment der Bünnten Liste integrieren — aber eben

integrieren, ihnen nicht neue Mitglieder und un-demokratische Macht zuschanzen. „Wenn der KB sich nicht daran hält, muß er die Bunte Liste verlassen. Im Augenblick mißbraucht er die Liste.“ Andernfalls sieht er das kommen, was er gern vermeiden möchte: „Unvereinbarkeitsbeschlüsse“ — wie jetzt am Wochenende von der „Grünen Liste“ Schleswig-Holsteins gefaßt.

Noch hat die Listen-interne Opposition keine feste Form gefunden, „aber sie wächst, die Stärke des KB ist lange überschätzt worden.“ (Strohm). In der Tat sind die Krisenzeichen nicht zu übersehen: Weder hat der KB nennenswert neue Mitglieder gefunden noch in den Bürgerinitiativen festen Fuß gefaßt, noch den Sprung in die „Hoffähigkeit“ der Bürgerschaftsvertretung geschafft. Diese Rückschläge und Fehlkal-

kulationen haben sogar eine interne Opposition auf den Plan gerufen.

Der Hamburger Streit findet Beachtung in der ganzen Bundesrepublik, weil er modellhaft eine überall wichtige Frage beantwortet wird: Wie weit lassen sich Kommunisten in ein Bündnis der Umweltschützer einbinden? Kann man sich darauf verlassen, daß sie ihre Parteiziele den Entscheidungen der „Grünen“ unterordnen? Holger Strohm schwankt noch zwischen Optimismus und Pessimismus. In düsteren Augenblicken hält er eine Dreiteilung für unvermeidlich: links die harten Gruppen, die Ökologie sagen und eine kommunistische Ökonomie meinen; rechts die Konservativen (Gruhls GAZ) und in der Mitte die eigentlichen Grünen: links, demokratisch und schwer zu organisieren. 0 12